

Der IWF – vom klinisch Toten zum Supermann

Im September 2007 war der Internationale Währungsfonds (IWF) so gut wie tot, er verfügte nicht mehr über genügend Einkünfte. Diese stammen nämlich aus dem ihm zustehenden Anteil an Zins- und Tilgungsrückflüssen aus Ländern, die auf den internationalen Finanzmärkten als nicht kreditwürdig gelten. Sie können stattdessen aus dem sogenannten „Allgemeinen Konto“ des IWF Kredite zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit erhalten, die allerdings an strenge Auflagen gekoppelt sind: Die berühmten Austerity-Programme, euphemistisch „Strukturanpassungsmaßnahmen“ oder „Konditionalitäten“ genannt, die dem ausschließlichen Zweck dienen, den pünktlichen Schuldendienst an den IWF und die in den Clubs von Paris und London organisierten Privatbanken der westlichen Welt sicherzustellen. Seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1973 hatte dies aus der Sicht der Gläubiger prächtig funktioniert und dem eigentlich überflüssig gewordenen IWF das Überleben gesichert. Nun aber sah sich der amtierende Chef des internationalen Inkassounternehmens, der frühere französische Finanzminister Dominique Strauss-Kahn wegen der „Identitätskrise“ seines Unternehmens zu ähnlich einschneidenden Strukturanpassungen gezwungen, wie sonst die Kreditnehmer. Er kündigte einen Kostensenkungsplan von 100 Millionen Dollar an. Die Haupteinnahmequelle des IWF, das Allgemeine Konto, warf nicht mehr genügend ab. Denn die Kreditvergabe an Schwellen- und Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen war zwischen 2002 und 2007 um sage und schreibe 91 Prozent zurückgegangen, weil sie Zugang zu Finanzierungsquellen gefunden hatten, die nicht mit den sogenannten Konditionalitäten des IWF verbunden waren. China mit seinen bilateralen Wirtschaftsabkommen in Lateinamerika und Afrika zog sich in dieser Zeit den besonderen Zorn der westlichen Finanzwelt zu, und unsere stets objektiv berichtende Presse schrieb schon einen neuen Kolonialismus herbei. Lediglich den ärmsten Ländern der Welt blieb nichts anderes übrig, als sich auch weiterhin an den IWF zu wenden. Heute, knapp zwei Jahre nach der drohenden Pleite scheint der IWF vor Kraft kaum laufen zu können. Wie das?

Die globale, von den US-Banken ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise hat sie zwar selbst zu Zombiebanken werden lassen, die nur noch vom steten Tropf des amerikanischen Steuerzahlers künstlich am Leben gehalten werden. Schwellen- und Entwicklungsländer sind hingegen die Hauptleidtragenden des geplatzten Schneeballsystems, in dem mit riesigen Mengen geliehenen Geldes bei Derivaten jeglicher Couleur, bei Rohstoffen und Währungen gewettet wurde. Ihre Finanzierungsquellen sind verstopft, deswegen

müssen sie inzwischen wieder beim IWF vorsprechen. Allein zwischen November 2008 und Mitte Januar 2009 vergab der Fonds Kredite über 50 Milliarden Dollar. Aber erst der G20-Gipfel in London hat die Identitätskrise vollends beseitigt. Einschließlich des Einsatzes der Sonderziehungsrechte wurden die Fondsmittel zur Kreditvergabe auf rund 1 Billion Dollar angehoben. 500 Milliarden davon entfallen auf eine vom IWF erstmals begebene ein- bis zwei-jährige Anleihe, die allein von den Mitgliedsstaaten gezeichnet wird, wovon sich Länder wie China oder Brasilien künftig mehr Einfluss versprechen.

Zwar sind derzeit neue Kreditvereinbarungen im Gespräch, die angeblich weniger streng ausfallen, als bisher. Allein: uns fehlt der Glaube. Ein Blick auf die Sparauflagen, die Lettland und der Ukraine trotz dramatischer Wachstumseinbrüche auferlegt wurden, sowie die im vorausseilenden Gehorsam von Ungarn getroffenen Maßnahmen, um „kreditwürdig“ zu werden, zeigt, dass wohl alles so weitergeht, wie bisher. Schließlich hat sich der IWF selbst durch die sozialen Massenunruhen in den genannten Ländern nicht beeindrucken lassen. Der IWF wurde von Beginn an mit Hilfe der Sperrminorität als Instrument der US-Außenpolitik eingesetzt. Daran wird sich auch künftig nichts ändern, solange der Rest der Welt nicht zu Koalitionen in der Lage ist, die diese Vorherrschaft beenden. Es ist also selbsterklärend, warum weder die USA noch die Länder der Eurozone auch nur im Traum daran denken, ihrerseits Kredite vom IWF in Anspruch zu nehmen. Dazu der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker am 18. März 2009 im Interview mit der Financial Times Deutschland: „Es würde der Reputation, der Solidität und der Solidarität der Währungsunion schaden, wenn sich ein Euro-Mitglied an den IWF wenden müsste....Wenn Kalifornien zahlungsunfähig wird, werden die Amerikaner eine Lösung im Bundesstaat finden. Die Amerikaner würden Kalifornien nie zum IWF schicken.“

Die weltweite Krise hätte die Chance geboten, zusammen mit Partnern aus Europa, Asien und Lateinamerika eine faire Währungs- und Weltwirtschaftsordnung zu erzwingen. Die Europäische Union hat noch nicht einmal darüber nachgedacht. Das wird auf Dauer bei den 5,8 Milliarden Menschen außerhalb der westlichen Industriestaaten nicht gut ankommen.

Ulrike Schenk
Jochen Scholz